



1	Abteilungsübergreifendes	1
1.1	Versprechen der neuen Kommissionspräsidentin	1
1.2	Empl Ausschuss wählt im dritten Anlauf Vorsitz	3
1.3	Soziale Ungleichheiten.....	3
2	Zukunft Europas	4
2.1	Rechtsstaatlichkeit	4
2.2	Kommissions-Topjobs.....	4
2.3	Brexit.....	4
3	Gesundheit	5
3.1	Klinische Studien.....	5
3.2	Homöopathie in Frankreich	5
5	Soziales - Barrierefreiheit	5
6	Links	6

1 Abteilungsübergreifendes

1.1 Versprechen der neuen Kommissionspräsidentin

Das Europäische Parlament (EP) ist nach kontroversen Diskussionen am 16. Juli 2019 dem Vorschlag der Staats- und Regierungschefs gefolgt und hat Ursula von der Leyen in geheimer Wahl äußerst knapp zur Präsidentin der Europäischen Kommission für die kommenden fünf Jahre gewählt. Von den 733 abgegebenen Stimmen waren 383 Abgeordnete für sie, 327 gegen sie. 22 MdEP enthielten sich und 1 Stimme war ungültig. Von der Leyen hatte den Ratschlag abgelehnt die Abstimmung zu verschieben.

Am Morgen hatte von der Leyen eine leidenschaftliche - und offensichtlich einige Zweifler überzeugende – Rede in Englisch, Deutsch und Französisch gehalten, an die sich eine Aussprache im Plenum und interfraktionelle Beratungen anschlossen. Sie stellte ausführlich und relativ konkret ihre politischen Leitlinien für die künftige Kommission vor.

So versprach sie u.a. für einen fairen Wandel für alle zu sorgen und kündigte in diesem Zusammenhang einen neuen Fonds für einen fairen Übergang an, mit dem die am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen Menschen und Regionen gefördert würden. In Europa würde niemand „auf der Strecke“ gelassen. Sie wolle noch mehr Erfolge hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand und pochte auf die Stärkung der sozialen Marktwirtschaft insbesondere vor dem Hintergrund des raschen Wandels. Nach Jahren der Erholung seien die aktuellen Aussichten pessimistischer, weshalb es gelte ein attraktiveres Investitionsumfeld und Wachstum, das insbesondere für junge Menschen hochwertige Arbeitsplätze kreiere, zu schaffen. Um das Soziale mit dem Markt in Einklang zu bringen, werde sie einen Aktionsplan für die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte vorschlagen. Außerdem versprach sie innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit ein Rechtsinstrument vorzuschlagen, mit dem sichergestellt werden soll, dass EU-weit jeder Arbeitnehmer einen gerechten Mindestlohn erhält, der ihm am Arbeitsort einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht. Die Mindestlöhne sollen entsprechend der jeweiligen nationalen Tradition im Wege von Tarifverträgen oder Rechtsvorschriften festgelegt werden. Von der Leyen bekannt sich ausdrücklich zum sozialen Dialog. Sie sagte weiterhin zu, die Auswirkungen durch den digitalen Wandel auf die Arbeitsmärkte zu begleiten



und z.B. zu prüfen, wie die Arbeitsbedingungen von auf Online-Plattformen Beschäftigten verbessert werden können, insbesondere im Hinblick auf Kompetenzen und Bildung.

Zur Unterstützung derjenigen, die aufgrund von externer Ereignisse ihren Arbeitsplatz verlieren, will sie eine europäische Arbeitslosenrückversicherung vorschlagen. Sie lobte die neue Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und gelobte sie vollständig umsetzen. Außerdem sagte sie zu, die Jugendgarantie zu einem dauerhaften Instrument zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu machen und ihr Budget aufzustocken.

Sie versprach auch noch größeres Engagement bei der Armutsbekämpfung, insbesondere von Kindern. Sie kündigte an, das vom EP vorgeschlagene Konzept einer Europäischen Kindergarantie für die grundlegendsten Rechte aufzugreifen und umzusetzen und sicher zu stellen, dies durch Investitionen aus dem Europäischen Sozialfonds+ in angemessener Höhe zu flankieren.

Gleichheit zu schaffen und die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte werde eine der wichtigsten Prioritäten der Kommission sein. Sie kündigte auch an, einen neuen Antidiskriminierungs-Rechtsakt vorzuschlagen. Eine weitere Maßnahme für ihre ersten 100 Amtstage seien Vorschläge zur Einführung verbindlicher Lohntransparenzmaßnahmen. Sie bekräftigte auch ihre Befürwortung für Quoten für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen.

Sie übernahm das Versprechen des EVP-Europawahlspitzenkandidaten Weber, einen europäischen Plan zur Krebsbekämpfung aufzulegen.

Außerdem gab sie das – vermutlich schwer durchzusetzende – Versprechen, dass sie das Kommissionskollegium paritätisch besetzen wolle. Bisher sind mehr männliche Kandidaten von den Mitgliedstaaten ins Spiel gebracht worden.

Trotz dieser umfangreichen Versprechen blieben die SPD Abgeordneten mit der Begründung, sie gäben von der Leyen keinen Vertrauensvorschuss, bei ihrer Ablehnung, während zahlreiche Fraktionskollegen für von der Leyen votierten. In der S&D war keine Probeabstimmung abgehalten worden. Auch Grüne und Rechte blieben bei ihrer Ablehnung. Die Liberalen hatten keine einheitliche Haltung. Das Zünglein an der Waage dürften die polnischen PiS MdEP gewesen sein, die nach eigener Aussage geschlossen für von der Leyen gestimmt hatten.

Die Reaktionen von Interessenvertretern und der internationalen Presse waren überwiegend positiv. In Italien hat die Tatsache, dass die Europaabgeordneten der Regierungsparteien 5 Sterne und Lega unterschiedlich bei der Wahl von der Leyens abgestimmt haben, zu einer Regierungskrise geführt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_19_4230

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf

<https://www.etuc.org/en/pressrelease/etuc-asks-new-commission-president-build-democratic-alliance-parliament-and-involve>

<https://www.netzwerk-ebd.de/nachrichten/ebd-praesidentin-proeuropaeerin-mit-klarer-kante-von-der-leyen-beste-wahl-unter-widrigen-umstaenden/>

<https://www.politico.eu/article/dont-underestimate-ursula-von-der-leyen-european-commission-president/>



1.2 Empl Ausschuss wählt im dritten Anlauf Vorsitz

Nachdem eine Mehrheit der neuen Mitglieder des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (Empl) des Europäischen Parlaments (EP) am 10. Juli 2019 den Vorschlag der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) für den Ausschussvorsitz, die ehemalige polnische Premierministerin Beata Szydło, abgelehnt hatte, fand am 15. Juli 2019 eine außerordentliche Sitzung statt um die Wahl zu wiederholen. Szydło wurde erneut von ihrer Fraktion vorgeschlagen, fiel aber wieder, diesmal mit nur 19 Stimmen bei 34 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen, durch.

Nach einer Vertagung der Sitzung fand am 18. Juli erneut eine – kurzfristig angesetzte - Wahlsitzung statt. Die Eile war nötig, da sich sonst nicht die Konferenz der Ausschussvorsitzenden konstituieren könnte und der Zeitplan für die Anhörung der nachrückenden Kommissare ins Wanken geraten wäre. Auch könnte der Ausschuss nicht die drängende inhaltliche Arbeit aufnehmen.

Vor der Wahl verkündete der aktuelle Koordinator der EVP Davis Casa, dass er die Funktion Dennis Radtke (CDU) übergeben würde.

Die EKR schlug in der Sitzung eine neue Kandidatin vor, auf die sie sich erst am Morgen verständigt hatte: die Slowakin Lucia Ďuriš Nicholsonová, Mitglied der Partei Freiheit und Solidarität. Sie war nach ihrer Karriere als Journalistin Mitglied des Nationalrats und Staatssekretärin für Soziales und Familie. Ďuriš Nicholsonová, die neu im EP ist, wurde klar gewählt. Die 42-Jährige, die ihre Kompromissfähigkeit herausstellte, präsentierte sich kurz ihren neuen Kolleginnen und Kollegen. Zuerst bedankte sie sich bei ihrer Fraktion für die Nominierung und bei Szydło. Sie unterstrich insbesondere ihr Engagement für Menschen mit Behinderungen und Roma. Außerdem betonte sie, dass sie keine politische Polemik im Ausschuss wolle, sondern sach- und datenbasierte Diskussionen.

Anschließend wurden durch Akklamation vier Vize gewählt: die Litauerin Vilija Blinkevičiūtė (S&D), die Portugiesin Sandra Pereira (Linke), den Tschechen Tomáš Zdechovský (EVP) und die Deutsche Katrin Langensiepen (Grüne).

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/EMPL-PV-2019-07-15-1_EN.pdf

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20190718-1000-COMMITTEE-EMPL>

1.3 Soziale Ungleichheiten

Vier Forscher, u.a. vom Observatorium Sozialpolitik, haben im Blog Social Europe am 17. Juli 2019 die Idee eines neuen Prozesses zur frühzeitigen Erkennung und damit besseren Bekämpfung von Ungleichheiten in der EU lanciert. Sie halten die Wirkung des Anzeigers zur Überwachung der Sozial- und Beschäftigungsleistungen (Social Scoreboard), der mit der Europäischen Säule sozialer Rechte geschaffen wurde, und die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters für unzureichend. Ihr neues Verfahren "Social Inbalances Procedure" (SImp) würde teils auf den vorhandenen Instrumenten und Praktiken aufbauen.

Es soll aus drei Schritten bestehen: (1) der Identifizierung sozialer Ungleichgewichte auf Basis der - ggf. weiter präzisierten - Indikatoren des Social Scoreboard und der folgenden Aufforderung durch die Europäische Kommission an unterdurchschnittlich



abschneidende Staaten, ein SImP zu starten. Mitgliedstaaten könnten auch eigeninitiativ beschließen, ein SImP zu beantragen. (2) In der zweiten Phase sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Situationen in einem gemeinsam von den nationalen Regierungen der betroffenen Staaten und der Kommission ausgearbeiteten mehrjährigen Aktionsplan festgelegt werden. Dieser soll eine Liste von sowohl nationalen Initiativen und Reformen als auch von technischen und finanziellen EU-Unterstützungsmaßnahmen enthalten. Das Forscherteam schlägt auch vor, Human-kapital-Sozialinvestitionen von den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstums-pakts auszunehmen. (3) Die dritte Stufe wäre die Umsetzungsüberwachung. Sollten die vereinbarten Maßnahmen nicht ergriffen werden, würde der Mitgliedstaat die zusätzliche EU-Unterstützung verlieren.

<https://www.socialeurope.eu/social-imbalances-procedure>

<http://www.ose.be/>

2 Zukunft Europas

2.1 Rechtsstaatlichkeit

Die Europäische Kommission hat am 17. Juli 2019 mehrere Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU beschlossen. So will sie einen Überprüfungszyklus, zu dem auch ein jährlicher Bericht gehört, einführen, damit Rechtsstaatlichkeitsprobleme gar nicht erst entstehen. Ihre Handlungsschwerpunkte sind die Förderung einer Kultur der Rechtsstaatlichkeit, die Vorbeugung von Problemen und wirkungsvolle Gegenmaßnahmen bei Verstößen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_4169

2.2 Kommissions-Topjobs

Zwei deutsche Spitzenbeamte haben zum 19. Juli die Kommission verlassen: der umstrittene Generalsekretär Martin Selmayr und Johannes Laitenberger, Generaldirektor für Wettbewerb. Es wird kolportiert, dass es CDU MdEP gegeben hätte, die ihre Zustimmung zur Personalie von der Leyen (s. 1.1) von der Entlassung Selmayrs abhängig gemacht hätten. Die Kommentare in den Brüsseler Klatschspalten sind spitz über das Verhalten der deutschen MdEP gegenüber ihren Landsleuten mit Spitzenjobs. Das Kollegium der Kommissare wird noch im Juli über die Nachbesetzung beraten. Spekuliert wird auf eine Nachfolge durch einen Franzosen. Bis dahin wird Ilze Juhansone, die am längsten amtierende stellvertretende Generalsekretärin, die Leitung der Kommissionsdienststellen übernehmen.

2.3 Brexit

Das Online Magazin Politico meldete am 19. Juli 2019, dass eine aktuelle Umfrage - v.a. in Wahlkreisen mit unklaren Mehrheiten - gezeigt hätte, dass der Brexit-Stillstand die Briten dahin gebracht hat, Extrempositionen einzunehmen. Es gibt kaum noch Stimmen, die sich für einen Mittelweg aussprechen. Entweder sind die Wähler dafür,



Artikel 50 zu widerrufen. also den Brexit abzublasen oder für einen No-Deal. Es gibt keine Unterstützung für eine weitere Verzögerung des Brexit.

<https://www.politico.eu/article/poll-uk-brexit-divide-deepens-as-voters-move-to-the-extremes/>

3 Gesundheit

3.1 Klinische Studien

Die Europäische Kommission, die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) und die Leiter der Arzneimittel-Agenturen haben sich in einem gemeinsamen Schreiben Ende Juni 2019 an ihre Stakeholder gewandt, in dem sie alle Sponsoren klinischer Studien in der EU an ihre Verpflichtung erinnern, Zusammenfassungen der Ergebnisse der abgeschlossenen Prüfungen für die einschlägige EU-Datenbank für klinische Studien (EudraCT) öffentlich zur Verfügung zu stellen.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/call-all-sponsors-publish-clinical-trial-results-eu-database>

3.2 Homöopathie in Frankreich

Frankreich schafft die Zuzahlungen der Krankenkassen für homöopathische Mittel bis 2021 schrittweise ab, weil es laut französischer Gesundheitsbehörde keine ausreichenden wissenschaftlichen Belege für die Wirksamkeit von Homöopathie gebe.

<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2019/07/10/frankreich-streicht-kostenerstattung-fuer-homoeopathie>

5 Soziales - Barrierefreiheit

Die Europäische Kommission hat am 11. Juli 2019 zum 10. Mal den Städtepreis Barrierefreiheit (Access City Award) ausgeschrieben, bei dem die ersten drei Plätze 150T, 120T und 80T € erhalten. Mit den Preisen werden Städte (ab einer Größe von 50.000 Einwohnern) gewürdigt, die sich für mehr Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen verdient machen. Die Bewerbung muss bis spätestens 11. September 2019 mittels des englischsprachigen Online-Bewerbungsformulars erfolgen. Es gibt einen Leitfaden für Antragsteller. Die Beiträge müssen von der örtlichen Gemeinde oder dem Bürgermeisteramt eingereicht werden! Die Bewerbung sollte so klar und konkret wie möglich die Strategie in Bezug auf Barrierefreiheit beschreiben und sich auf Fakten und Zahlen konzentrieren. Erwünscht sind zahlreiche Beispiele mit qualitativen und quantitativen Daten und die herausgehobene Darstellung aller innovativen und außergewöhnlichen erfolgsgekrönten Aktivitäten. Die Zeitrahmen der bisherigen Aktivitäten und künftige Entwicklungen sollen ebenfalls dargestellt werden.

<https://accesscityaward.eu/registration/initialize.xhtm?lang=en>



6 Links

Europäische Kommission: Berichte über die Schaffung von Arbeitsplätzen und aktive Arbeitsmarktpolitik sowie Videos zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit (Ergebnis eines zweijährigen Projekts zum gegenseitigen Lernen über Langzeitarbeitslosigkeit, das von der Transnationalen Plattform des Europäischen Sozialfonds (ESF) entwickelt wurde) (en)

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&newsId=9408&langId=en>

Statistisches Amt der EU: Kindersterblichkeit halbiert zwischen 1997 und 2017 (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/DDN-20190719-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2Fhome>

Statistisches Amt der EU: Todesursachen und Lebenserwartung in der EU (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/DDN-20190716-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2Fhome>

Eurordis: Patienten mit seltenen Krankheiten unterstützen den Austausch ihrer Gesundheitsdaten und möchten gleichzeitig die Kontrolle darüber behalten, wie und warum Daten verwendet werden (en)

http://download2.eurordis.org/pressreleases/EURORDISPressRelease_SurveyPaper_Data_Final.pdf

Smarte Sprachassistenten sollen lernen, Herzstillstand bei Schlafenden zu hören In: University of Washington News vom 19. Juni 2019 (en)

<https://www.washington.edu/news/2019/06/19/first-contactless-cardiac-arrest-ai-system-for-smart-speakers/>

Medizinische KI mit Datenschutz In: Technology Review vom 24. Mai 2019

https://www.heise.de/tr/artikel/Medizinische-KI-mit-Datenschutz-4428179.html?etcc_med=newsletter&etcc_cmp=nl_algoethik_13223&etcc_plc=aufmacher&etcc_grp=

Statistisches Amt der EU: Einkommensungleichheit in den EU-Mitgliedstaaten (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/DDN-20190718-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2Fhome>

European Policy Centre: Finanzierung von Sozialinvestitionen für eine Wirtschaft des Wohlbefindens (economy of wellbeing): Übergang von Best Practice zu einem Paradigmenwechsel (en)

https://www.epc.eu/documents/uploads/pub_9294_financing_social_investment.pdf?doc_id=2187

Serie zu Obdachlosigkeit „Europas Wohn-Herausforderung“ in: Politico

<https://www.politico.eu/home-truths-europes-housing-challenge/>